

## Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission  
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 11 / 111  
Rechtsbuch-Nummer: -  
Departement: DJS

## Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2012

### Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Imhof Erwin, Bottighofen  
Mitglieder: Hugentobler Walter, Matzingen  
Leuthold Stefan, Frauenfeld  
Rüetschi-Fischer Regina, Frauenfeld

## Geschäftsbericht 2012 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2012

### Allgemeines zum Departement

Dank der höheren Erträge ist der Rechnungsabschluss des DJS um 5.5 Mio. Franken besser ausgefallen als das Budget. Beim Sachaufwand ist die Rechnung um 1.5 Mio. Franken schlechter ausgefallen als budgetiert, obwohl für das Departement die Pauschalkürzung des Sachaufwandes von 1.1 Mio. Franken als Vorgabe bestand. Diese Pauschalkürzung wurde intern korrekt budgetiert und auf sieben Ämter aufgeteilt. Das Generalsekretariat, die Friedensrichter- und Betreibungsämter, die Kantonspolizei und das Amt für Bevölkerungsschutz und Armee konnten den Sachaufwand insgesamt um rund Fr. 390'000 reduzieren. Im Weiteren wurden auf Ausbauwünsche und Unterhaltsarbeiten im Umfang von Fr. 260'000 verzichtet. Bei der Ausweisstelle, der Staatsanwaltschaft, dem Strassenverkehrsamt, dem Migrationsamt und bei der Jagd- und Fischereiverwaltung entstanden im Sachaufwand nicht beeinflussbare Mehrkosten von rund 1.3 Mio. Andererseits konnten bei der Ausstellung der biometrischen Pässe und Ausweise Mehrerträge von rund Fr. 560'000 generiert werden. Beim DJS besteht in diversen Bereichen eine direkte, nicht beeinflussbare Abhängigkeit zwischen Aufwand und den erzielten Erträgen.

### Ämterbesuche 2013

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Eichamt
- Kantonale Ausweisstelle
- Konkursamt und Betreibungsinspektorat
- Generalstaatsanwaltschaft
- Kantonspolizei

Bei allen Ämtern sind sämtliche Fragen kompetent und umfassend beantwortet worden. Weitere Feststellungen werden unter dem entsprechenden Amt gemacht.

## ***Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern***

### **5010-5017 Generalsekretariat**

Am 1. Januar 2013 ist die neue Abteilung „Pflegekinder- und Heimaufsicht“ eröffnet worden. Dabei wurden drei neue Mitarbeiterinnen mit einem Gesamtpensum von 260 Stellen-Prozenten angestellt.

Der Departementschef hat einen Projektauftrag zur Prüfung der Organisation und Abläufe im Zusammenhang mit der Ausstellung von biometrischen Ausweisen erteilt. Dabei ist geplant, die Ausweisstelle auf den 1. Januar 2014 als Abteilung beim Migrationssamt anzugliedern. Daraus resultiert ein gemeinsamer Nutzen und zudem können auch in Frauenfeld in beschränktem Umfang Pässe und Identitätskarten ausgestellt werden.

Der Bewährungsdienst beteiligt sich mit der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug und dem Massnahmenzentrum Kalchrain am Pilotprojekt „Risikoorientierter Strafvollzug“ (ROS). Die bisherigen Erfahrungen sind positiv und zeigen, dass durch ROS eine Sensibilisierung der Beteiligten stattgefunden hat. Mit den erstellten Fallkonzepten stehen die Risikoorientierung und auch das Risikomanagement viel stärker im Vordergrund als früher.

### **5130 Grundbuchverwaltung und Notariate**

Der Rückgang der öffentlichen Beurkundungen der Notare ist darauf zurückzuführen, dass inzwischen auch das Amt für Handelsregister eine wesentliche Anzahl von Geschäften im Gesellschaftsrecht direkt selber beurkundet. Zudem konnten die Notare, welche bis Ende 2012 noch sehr stark mit der Vormundschaftstätigkeit beschäftigt waren, weniger Beratungen und Beurkundungen im Ehe- und Erbschaftsbereich anbieten und durchführen.

### **5211-5212 Konkursamt und Betreibungsinspektorat**

Aus gesundheitlichen Gründen kann der Amtschef schon seit einigen Jahren nur noch 40 % arbeiten. Er führt die Betreibungsämter und der Stellvertreter führt das Konkursamt.

Bei den Betreibungsämtern ist die Einführung einer neuen Software geplant. Vorbereitungsarbeiten und Ausschreibung sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

### **5250 Staatsanwaltschaft**

Beim Besuch der Staatsanwaltschaft stand der Abbau der Pendenzen hängiger Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen im Mittelpunkt. Die Staatsanwaltschaft ist mit dem heutigen Personalbestand bezüglich Erledigung der Tagesgeschäfte und des gleichzeitigen, fristgemässen Abbaus der Altlasten überfordert. Im Schnitt verfügen alle Staatsanwälte/-innen über rund 80 pendente Strafverfahren, was eindeutig zu hoch ist. Aus diesem Grunde werden neu drei ausserordentliche Staatsanwälte/-innen befristet angestellt. Im Weiteren wird ein EDV-Kontrollsystem für alle Strafverfahren eingeführt. Der Generalstaatsanwalt hat folgende Zielsetzungen festgelegt:

3/4

- Bis Ende 2013 Erledigung aller pendenten Fälle aus den Jahren 2007 und älter
- Bis Ende 2014 Erledigung aller pendenten Fälle der Jahre 2008 und 2009
- Die neuen Fälle nach der Zielsetzung 80/20 erledigen.

Die höheren Massnahmekosten bei der Jungendanwaltschaft von rund Fr. 673'000 gegenüber dem Budget sind entstanden, weil vermehrt professionelle Institutionen den günstigen Pflegefamilien vorgezogen wurden, da Familien den Problematiken nicht mehr gewachsen sind. Es soll – wenn immer möglich – die geeignete Unterbringung gewählt werden, die dem Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung gewährleistet. Beim Vergleich der letzten sieben Jahre variieren die Kosten recht stark.

#### **5410 Strassenverkehrsamt**

Mit der Realisierung der Teststrecke in Frauenfeld und der elektronischen Erfassung der Prüfergebnisse werden künftig die Anzahl der Fahrzeugüberprüfungen um bis zu 8'000 erhöht. Die zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 291'560 wurden vom Departementschef und dem Chef der Finanzverwaltung bewilligt.

#### **5420 Eichamt**

Der Umzug des Eichamtes von Frauenfeld nach Weinfelden hat die Zielsetzung Kostensenkung und Effizienzsteigerung erfüllt. Die Räumlichkeiten werden als zweckmässig und gleichwertig mit denjenigen des alten Standortes beurteilt. Betrieblich ermöglicht der zentral gelegene Standort Weinfelden durch kürzere Wege eine effizientere und ökologisch bessere Arbeitsweise. Die jährlichen Einsparungen werden mit rund Fr. 10'000 beziffert.

#### **5450-5457 Jagd- und Fischereiverwaltung**

Die Jagdstatistiken im Anhang auf den Seiten 52 und 53 beziehen sich auf das Jagdjahr, das gemäss kantonalem Jagdgesetz vom 1. April bis 31. März dauert. Die Kennzahlen in der Produkte Gruppe Jagd beziehen sich jedoch auf das Kalenderjahr.

Der Kanton Thurgau erteilt jedes Jahr rund 40 Berufsfischerpatente. Am ganzen Obersee gibt es noch rund 140 Berufsfischer. Schwankende Ertragslagen von Jahr zu Jahr sind in der Berufsfischerei aufgrund biologischer und klimatischer Faktoren nicht aussergewöhnlich und treten regelmässig auf. Zusätzlich zeigt sich in den letzten Jahren ein Trend geringerer Produktivität an Biomasse des Obersees, da sich der Nährstoffgehalt des Bodensees auf dem Niveau des ursprünglichen Zustandes der 1950er und 1960er Jahre eingependelt hat. Seit Jahren werden die Fischbestände durch Besatz mit künstlich erbrüteten Fischen sowohl durch den Kanton Thurgau als auch durch die übrigen Anrainerstaaten mit Erfolg unterstützt. Mittel- und langfristig ist aber aufgrund der geringeren Produktivität des Sees davon auszugehen, dass der Fang auf weniger Berufsfischer verteilt werden muss, um dem einzelnen Berufsfischer eine überlebensfähige Ertragslage zu gewährleisten. Gestützt auf die internationale Vereinbarung (Bregenzer Übereinkunft) sind für solche strategischen Entscheide alle Anrainerstaaten zuständig.

### **5510 Kantonspolizei**

Der ganztägige Besuch der Kantonspolizei Thurgau gab der Subkommission einen sehr guten und äusserst positiven Einblick in die Tätigkeit und Auftragserfüllung unserer Polizei. Ende 2012 hatte die Kantonspolizei Thurgau einen Bestand von 355 Polizistinnen und Polizisten. Um den bewilligten Bestand von 384 auf Ende 2016 zu erreichen, ist beabsichtigt, die Polizeischule 2013/2014 und allenfalls auch die folgenden Schulen mit je 20 statt 16 Aspiranten/innen zu besetzen. Nur so können die höheren Austritte und Pensionierungen aufgefangen werden.

Die Gesamtzahl der Straftaten nach dem StGB lag im Jahre 2012 im Kanton Thurgau bei 11'642 Fällen und ist im Vergleich zum Vorjahr um 11 % gestiegen. Dabei musste eine deutliche Zunahme der Gewalt- und Sexualstraftaten festgestellt werden. Diese Entwicklung wird ernst genommen und wird mit den notwendigen Konsequenzen und Massnahmen verfolgt. Relativierend darf jedoch festgehalten werden, dass im Jahre 2012 im Kanton Thurgau insgesamt pro 1'000 Einwohner 46,2 Straftaten verübt wurden. Der nationale Durchschnitt beträgt 78,9 Straftaten. Die Sicherheitslage im Kanton Thurgau kann weiterhin als gut bezeichnet werden.

### **5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee**

Der Departementschef informierte an der GFK-Sitzung über eine erfreuliche Entwicklung des Waffenplatzes Frauenfeld. In Frauenfeld gibt es in Zukunft wieder eine volle Rekrutenschule mit Unteroffiziersschule. Es wird dies die Uem/FU Schule 61 sein. Die Offiziersschule wird hingegen von Frauenfeld nach Kloten/Bülach verlegt. Im Januar 2013 ist das Kommando FU Waffenplätze mit Sitz in Frauenfeld neu gebildet worden. Die Belegung des Waffenplatzes Frauenfeld wird von 21'000 auf 25'000 steigen. So ist eine Belegung von rund 70 Prozent sichergestellt. Dazu kommt die Belegung durch Kurse der Pz Br 11, der Ter Reg 4 sowie durch die Polizeischule- und das Polizei Konkordat Ostschweiz.

### **3.8 Gerichte**

Die Mietzins- und Büroentschädigungen sind bei den meisten Bezirksgerichten angestiegen, weil zum Zeitpunkt der Budgetierung die meisten Standorte nicht bekannt waren und deshalb die Kosten geschätzt wurden. Die Anforderungen an die Gerichtsräume wurden vom Obergericht nach dem Budgetprozess neu definiert und erweitert. Teilweise wurden die alten Gerichtssäle, welche bei den Gemeinden zu günstigen Konditionen gemietet wurden, durch Verhandlungsräume an den Bürostandorten ersetzt. Im Weiteren wurden an allen Orten langfristige Mietverträge abgeschlossen.